

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **29. November 2016** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.40** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Detlef Hofmann (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke
Bauamtsleiterin Patricia Arnold**

Zu TOP 1: **Monika Beck, Stadt Karlsruhe, HGW**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **21.11.2016** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **24.11.2016** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Eingangs begrüßt der Vorsitzende die Teilnehmenden und Zuhörenden recht herzlich und gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 2 abgesetzt wurde. Die Vorlage sei offensichtlich noch nicht in trockenen Tüchern. Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Sitzung am 20. Dezember 2016 behandelt werden.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht meint hierzu, er gehe davon aus, dass dieser Tagesordnungspunkt auch bei den Sitzungen des Planungsausschusses am 8.12.2016 und des Gemeinderates am 13.12.2016 abgesetzt werde.

Dies bejaht der Vorsitzende.

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis bittet darum, den vom Ortschaftsrat erarbeiteten Plan bzw. die Flächen bei den nun überlassenen Unterlagen entsprechend mit einzuzeichnen, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Dies müsse noch intern abgestimmt werden, denn bei der Vorlage, die die Stadt Karlsruhe mache, könne die Ortsverwaltung Neureut keinen Einfluss nehmen, gibt der Vorsitzende zu bedenken.

Zudem wünscht sich Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis ausführlichere Definitionen zu den hell-/ und dunkelgrün ausgeführten Bereichen.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Schulzentrum Neureut
Hier: Vorstellung der Mensa Planung
Mündlicher Vortrag**

Zu diesem Tagesordnungspunkt heißt der Vorsitzende **Frau Monika Beck** von **Hochbau und Gebäudewirtschaft der Stadt Karlsruhe** recht herzlich willkommen.

Projektleiterin Monika Beck von Hochbau und Gebäudewirtschaft der Stadt Karlsruhe (HGW) präsentiert dem Gremium die haushaltsreife Planung zur Mensa am Neureuter Schulzentrum. Zuvor erinnert der Vorsitzende daran, dass das Thema schon lange den Ortschaftsrat bewegt und auch für viel Aufruhr gesorgt habe. Alle, auch die im städtischen Gemeinderat vertretenen Fraktionen, hätten sich für das Projekt in der Vergangenheit stark gemacht und wollten, dass die Mittel hierfür in den nächsten Doppelhaushalt noch eingepflegt werden, was nun auch gelungen sei - nachdem sich der Gemeinderat bei der Haushaltsplanerstellung dafür ausgesprochen habe. Es sei erfreulich, dass die Arbeiten nun im kommenden Jahr beginnen können.

Die Mensa sollte im Bestand untergebracht werden. Die Aufgabe sei gewesen, eine Mensa für 160 Essen im 2- Schichtbetrieb mit jeweils 80 Essen und einen Speisesaal von 200 qm zu planen, so Monika Beck. Rund 2,08 Mio € wird das Projekt kosten.

Der Küchen- und Mensabereich wird in bestehende Räume im Erdgeschoss des Schulzentrums untergebracht. Hier befinden sich zurzeit ein EDV-Raum und die provisorische Mensa. Durch Neuordnung des Bereichs und Umzug des EDV-Raums kann ein großzügiger Speisesaal mit natürlicher Belichtung geschaffen werden, in welchem die Mensa als „Box“ mit Oberlichtverglasungen eingestellt wird. Der Speisesaal kann außerhalb der Essenszeiten multifunktional auch für kleinere schulische Veranstaltungen, wie beispielsweise Theateraufführungen oder einem „Tag der offenen Tür“ genutzt werden, was auch einem Wunsch der Schule entspricht. Eine Glasabtrennung zum Foyer-/Flurbereich schließt den Bereich ab und verhindert Zugscheinungen und Geruchsbelästigung. Die Personalumkleide wird in einem stillgelegten WC-Bereich im Zwischengeschoss eingebaut.

Die neuen Wände und Akustik-Decken der „Mensa-Box“ werden in Trockenbauweise erstellt. Um den Brandschutz zu gewährleisten, müssen Bestandswände teilweise ertüchtigt werden. Für die Aufstellung des neuen Lüftungsgerätes der Küche und des Speisesaals wird im UG der Technikeller erweitert werden. Dies geschieht durch den Ausbau eines Teilbereiches des vorhandenen Kriechkellers.

Anhand einer Präsentation von Plänen, verschiedenen Ansichten und Perspektiven verdeutlicht Monika Beck auch die Wege, die nun gut geordnet seien und sich nicht ständig kreuzen - und auch die Geschirrrückgabe erfolge jetzt auf einem schnellen Weg. Im vorderen Bereich werden die Speisen zubereitet, während sich hinten die Spülküche befindet. Für die Küche und den Speisesaal wird ein Lüftungsgerät mit Wärmerückgewinnung eingebaut. Außerdem ist eine neue Elektroinstallation, eine neue Elektroverteilung sowie neue Leuchten geplant. Da der im Außenbereich vorhandene Innenhof derzeit ungenutzt ist, kann aufgrund der Nähe zum Speisesaal hier ein zusätzlicher Aufenthaltsort für die Schülerinnen und Schüler geschaffen werden. Der Hof erhält eine neue Bepflanzung, Sitzmöglichkeiten sowie einen neuen Terrassenbelag. Die Bauphase erfolgt in zwei Stufen, sodass die Küche bis zu den Sommerferien in Betrieb bleibe. Die Fertigstellung ist für September 2017 eingeplant. Im Frühling starte die erste Bauphase, die zweite solle während den Sommerferien stattfinden.

Und so zeigt sich **SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** sehr glücklich über die vorgestellte Planung - vor allem darüber, dass es gelungen sei, Tageslicht hereinzuholen und eine so großzügige Lösung gefunden wurde. Am 6.11.2014 habe man den Antrag für die Durchführung einer kostenkontrollierten Mensaplanung für das Schulzentrum Neureut eingebracht, um rechtzeitig für den Doppelhaushalt 17/18 die notwendigen Entscheidungsvoraussetzungen zu schaffen. Durch das

Zusammenwirken aller Fraktionen, auch im Gemeinderat, sei man nun noch schneller als es ihre Fraktion damals erhofft habe, wenn im nächsten Jahr die Mensa bereits in Betrieb genommen werden könne. Nachhaltig und kostentechnisch sei es sehr sinnvoll, dass es eine Bestandslösung geworden sei.

Auch die Grünen seien froh, dass das Vorhaben so weit gediehen sei, betont deren **Fraktionsvorsitzende, Dr. Stephanie Hugenschmidt**. Sie dankt auch der Arbeitsgemeinschaft Mensa, die sich seit Jahren dafür stark gemacht habe, dass das Schulzentrum mit rund 900 Schülern diese Mensa brauche. Sie sei auch froh über den Antrag des Ortschaftsrates; dass die Mittel noch in den Haushalt 15/16 hineinkommen konnten. Zudem bedankt sie sich noch für die Unterstützung der SPD und FDP. Es sei schön zu sehen, wie zügig das Projekt vorangehen konnte.

Bei der CDU-Fraktion findet die Vorstellung der Planung ebenfalls ungeteilte Zustimmung, signalisiert **Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer**. Seine Fraktion sei froh, dass die Räumlichkeiten nur verändert werden brauchen und kein Neubau notwendig sei – dies sei seiner Fraktion auch ein Anliegen gewesen. Umso mehr freue man sich, wenn man im Zeitplan so schnell vorankommen werde, wie dargestellt.

FDP-Fraktionsvorsitzender Dieter König dankt für die sehr gelungene Planung. Die 2 Mio € Baukosten seien zwar eine stolze Summe, aber es sei auch was Rechtes dabei herausgekommen. Seine Fraktion begrüße die Planung sehr, speziell auch die Idee mit dem Innenhof. Wie seine Vorredner betont auch er, die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Mensa, Frau Grünhage, sei ganz optimal und es sei wünschenswert, dass diese so fortgesetzt werde. Es sei toll, wenn es gelinge, im September 2017 eine Einweihungsparty gemacht werden könnte.

Was die entwickelte Planung betreffe, gibt Monika Beck zu bedenken, dass diese von einem Architekturbüro ausgeführt wurde und sie den Dank an dieses weitergebe. Der Vorsitzende erinnert daran, dass die Planung ein Zusammenspiel aller Beteiligten war, diese haben sich immer wieder bei HGW getroffen und miteinander abgestimmt. Er dankt dem Ortschafts- und Gemeinderat sowie der Arbeitsgemeinschaft Mensa und bittet Frau Grünhage von der Arge, den Dank weiterzugeben.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Vorstellung der Planung für die Mensa am Schulzentrum zustimmend zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: Fortschreibung Flächennutzungsplan 2030, Schwerpunkt „Wohnen“ – Vorschlag für die Karlsruher Flächenkulisse
schriftliche Vorlage Nr. 71 /2016

TOP 2 ist abgesetzt worden!

Zu Punkt 3 der T.O.: Jugendmusikschule Neureut (JMS Neureut)
hier: vorgesehene Änderung der Satzung mit
Gebührenanpassung zum 01.01.2017
schriftliche Vorlage Nr. 72 /2016

Auslöser für die Sparbeschlüsse sei der Karlsruher Gemeinderat gewesen, der beschlossen hatte, die Rabattgewährung im Rahmen des Karlsruher Passes fortzuentwickeln. Die aktuelle Ermäßigung aus sozialen Gründen für die Unterrichtsgebühren und die Instrumentenmiete werde ab dem 01.01.2017 von 80% auf 66,7% gekürzt, so der Vorsitzende einleitend. Die vorgesehene Gebührenanhebung zum 01.01.2017 folgt den vom Gemeinderat beschlossenen Festlegungen im Rahmen der Haushaltsstabilisierung (sogenanntes Maßnahmenpaket 1). Danach sollen die Gebühren für die JMS Neureut im zweijährigen Rhythmus nach 2015 um rund 3% ab dem 01.01.2017 angepasst werden. Weiter weist der Vorsitzende darauf hin, dass sich der Verwaltungsausschuss bereits Anfang des Monats mit der Änderung der Satzung und der Gebührenanpassung für die Jugendmusikschule befasst hatte. Dabei habe er auch erwähnt, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler sehr konstant sei. Derzeit seien insgesamt 476 eingeschrieben, ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 9. Erfreulich sei auch die Zahl der Belegungen einzelner Fächer bzw. Fachbereiche. Die Zahl der Belegungen hat mit 999 knapp die 1000 erreicht – bisher haben die Belegungen immer um rund 750 gelegen. Die Jugendmusikschule sei seit Jahren durchaus gut nachgefragt, was natürlich auch an der Qualität der Schulleitung und seiner Lehrkräfte liegt, ihnen gebühre dafür ein herzliches Dankeschön, so der Vorsitzende.

Als Beispiele für die Erhöhungen führt er unter anderem die Musikalische Früherziehung an, die sich um 1 €/pro Monat und somit 3,45 % erhöhe. Beim Einzelunterricht betrage die Steigerung mit 3 €/pro Monat 3,01 %.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht meint, man sei über eine Erhöhung zwar nie glücklich, sie sei aber notwendig, denn um einen guten Unterricht zu gewährleisten, bedürfe es auch gewisser finanzieller Mittel. Deshalb stimme ihre Fraktion der

Erhöhung zu. Diese sei froh, eine solche Einrichtung in Neureut zu haben und stolz auf die Jugendmusikschule. Das Team um Schulleiterin Petra Dürr-Knittel leiste einen tollen Job! Man hoffe, dass es mit der Jugendmusikschule genauso gut weitergehe wie bisher!

Barbara Rohrhuber, SPD-Fraktionsvorsitzende, betont ebenfalls, dass ihre Fraktion jede Erhöhung mit einem weinenden Auge sehe. Denn der Zugang zur Musik sollte jedem Kind und Jugendlichen möglichst unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gewährt werden. Hier weist sie besonders auf die bald verminderte Rabattgewährung für Inhaber des Karlsruher Passes hin. Dabei seien immerhin 17 Schüler der Jugendmusikschule betroffen. Allerdings sehe man auch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, dass in diesem Bereich bei den Personalkostensteigerungen einen Beitrag geleistet werden müsse. Eine Steigerung von 3 – 3,5 % sei noch verträglich. Obwohl man in der Vergangenheit bei Erhöhungen dagegen gestimmt oder sich enthalten habe, werde man ihr dieses Mal zustimmen.

Es sei toll, dass man die Jugendmusikschule Neureut habe, bekräftigt auch **Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt**. Ihre Fraktion sehe die Gebührenerhöhung kritisch und werde ihr nicht zustimmen. Es sei wichtig, dass Kinder aus nicht so gut gestellten Familien auch einen Zugang zur Musik haben, bekräftigte sie die soziale Komponente. An diesem Punkt der Haushaltskonsolidierung, die alle betreffe, könne ihre Fraktion nicht mitgehen. Gerade die Reduktion für die Inhaber des Karlsruher Passes sehe man als sehr kritisch an.

Schweren Herzens werde man der Erhöhung zustimmen, gibt **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** für die FDP bekannt. Alle zwei Jahre zum Jahresende hätten die Ortschaftsräte die schwere Aufgabe, über eine Gebührenerhöhung bei der Jugendmusikschule zu entscheiden. Dies sei umso schwerer, da es sich hier immer um Familien mit ihren musizierenden Kindern gehe. Das sei schmerzhaft. In besonderen Härtefällen hoffe man, dass Möglichkeiten für eine Teilnahme geschaffen werden könne, damit auch zukünftig die Jugendmusikschule eine Einrichtung für alle bleiben werde. Im Hinblick auf die gesamte Kostenentwicklung halte man die Anhebung der Gebühren jedoch für „verantwortungsvoll und verantwortbar“. Die Jugendmusikschule stelle mit ihrer hohen fachlichen Kompetenz, auch nach über 40 Jahren eine äußerst wichtige Einrichtung der Neureuter Schullandschaft dar und man wolle deren Erhalt für die Zukunft, auch mit einer solchen Erhöhung sichern.

Der **fraktionslose Klaus Bluck** untermauert dagegen, seine Kollegen müssten einer Erhöhung nicht zustimmen. Die Erhöhung sei nicht sozial und zu viel. Was gar nicht gehe, sei die Kürzung der Gebührenermäßigung – sie sei völlig unnötig, weil sie gar nicht Viele betreffe und somit nicht von Vielen in Anspruch genommen werde. Deshalb brauche man sie auch nicht zu kürzen. Die damit eingesparten 8 500 € bringen dem Haushalt so gut wie nichts. Die Jugendmusikschule erwirtschaftete einen deutlich höheren Deckungsgrad als das Konservatorium, macht er deutlich. Das Team um Leiterin Petra Dürr-Knittel leiste eine hervorragende Arbeit.

Bei fünf Gegen-Stimmen kommt es mehrheitlich zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt der vorgesehenen Änderung der Satzung mit Gebührenanpassung der Jugendmusikschule Neureut zum 01.01.2017 zu.

Zu Punkt 4 der T.O.: **Gehwegparken in Neureut
Hier: Umsetzungsvorschläge und Prüfungsaufträge
schriftliche Vorlage Nr. 74 /2016**

So viele Parkflächen wie möglich zu erhalten, das sei das Ziel, bekräftigen Ortsvorsteher Jürgen Stober und Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht einhellig, als dem Gremium die Prüfaufträge und Umsetzungsvorschläge im Zusammenhang mit dem Gehwegparken dargelegt werden. Die in der Vergangenheit von Ortschaftsrat und Ortsverwaltung in Zusammenarbeit mit den Bürgervereinen Neureut-Heide und Neureut-Kirchfeld erarbeiteten Lösungsvorschläge wurden vorab verwaltungsintern besprochen, abgestimmt und teilweise modifiziert, bevor sie der Bevölkerung am 26.10.2016 in der Badnerlandhalle vorgestellt wurden. Von den rund 200 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern wurden keine neuen oder noch nicht vorgeprüfte Vorschläge unterbreitet. Der Auflistung der Straßen, in denen ein legalisiertes Gehwegparken beantragt werden soll, wurde nicht widersprochen.

Denn in der Vergangenheit hat die Stadt Karlsruhe bei einer Restbreite von mindestens 1,20 Meter das Parken auf Gehwegen häufig toleriert. Im Interesse der Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Lebensqualität wird dies zukünftig nicht mehr geschehen. Die Straßenverkehrsordnung untersagt schon immer das Parken auf Gehwegen. Der Vorsitzende geht auf die Änderungen bzw. Modifizierungen nach einer ersten Rückfrage beim Ordnungsamt sowie beim Stadtplanungsamt gegenüber der letzten Vorstellung im Technischen Ausschuss am 1. Juni .2016 ein:

- Ob Legalisiertes Gehwegparken in der Kirchhofstraße im Bereich von Bärenweg bis Mittelstorstraße (u.a. Einfahrt Feuerwehrgerätehaus) sinnvoll wäre, soll vorab mit der Feuerwehr besprochen werden.
- Legalisiertes Gehwegparken in der Moldaustraße ist aufgrund des Busverkehrs, (Gelenkbus der VBK) nicht möglich.
- Legalisiertes Gehwegparken in der Gürriichstraße soll nur temporär bei Veranstaltungen im dortigen Umkreis angeordnet werden.
- Die Querstraßen zur Donauschwabenstraße in Alt-Kirchfeld können nicht ohne technischen Umbau in verkehrsberuhigte Bereiche umgewandelt werden. Hier wird nunmehr vorgeschlagen, auf einer Straßenseite den Gehweg formell aufzuheben und Tempo 20 anzuordnen.
- Der Problembereich südliche Neureuter Hauptstraße muss von den Fachdienststellen vorab intensiv untersucht und evtl. mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet werden.
- Die Problembereiche südliche Kirchfeldstraße, Ina-Seidel-Straße sowie Stefan-Zweig-Straße werden ebenfalls genauer untersucht werden müssen.

Hierzu kommen aus den Reihen des Ortschaftsrates noch einige Fragen, Anmerkungen und Stellungnahmen, wie beispielsweise von **FDP-Fraktionsvorsitzenden Dieter König**. Ihm geht es um die Ausgestaltung des legalisierten Parkens im Bereich des Feuerwehrhauses, das auch die Zufahrt betreffe.

Ortschaftsrat Klaus Bluck (fraktionslos) weist auf Lösungen des Gehwegparkens in Durlach hin, die eventuell auch in Neureut übernommen werden könnten.

Auf eine Nachfrage von **SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Rohrhuber**, teilt der Vorsitzende mit, dass die Frist für die Umsetzung des Gehwegparkens nochmals bis Ende 2017 verlängert werde. Erst ab 2018 sollen demnach Verstöße geahndet werden.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt warnt vor einem möglichen „Schilderwald“ im Zuge der Einführung des legalisierten Gehwegparkens. Hier müsse man im Vorfeld aufpassen!

Der Vorsitzende verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass das Ordnungsamt und das Stadtplanungsamt sich noch zu den einzelnen Bereichen äußern werden. Wenn das Ordnungsamt ein Schild oder Markierung anordne, dann werde dies so ausgeführt, weist er auch auf die straßenverkehrsrechtliche Seite hin.

Für die **CDU-Fraktion** sagt **Ortschaftsrat Herbert Böllinger** der Ortsverwaltung Dank für die „Riesenarbeit“, die sie bisher zu diesem Thema geleistet habe. Dankbar sei er auch dafür, dass die Verwaltung die Anregungen beider Bürgervereine aufgenommen und eine öffentliche Veranstaltung für die Bürger in der Badnerlandhalle durchgeführt habe. Der Zuspruch habe gezeigt, dass das Thema die Menschen bewege. Es sei eine geschickte Art und Weise gewesen, die

Öffentlichkeit in ein Verfahren miteinzubinden, das eigentlich festgelegt sei. Unter Hinweis auf die bisher praktizierte „badische Großzügigkeit“ machte er klar, dass das Gehwegparken schon immer untersagt war und nun eine praktikable Lösung dafür gefunden werden müsse.

Auch **FDP-Fraktionsvorsitzender Dieter König** schliesst sich dem Dank an die Verwaltung an. Er hoffe, dass in den Gesprächen die Interessen Neureuts gewahrt bleiben. Und damit auch eine Aussage des Stadtplanungsamtes, dass dem Bürger zuzumuten sei, 600 Meter zu seinem Stellplatz laufen zu können, in Neureut nicht der Fall sein werde.

Grünen–Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt schließt sich ebenso dem Dank an die Verwaltung an wie **SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**, die noch auf den bekömmlichen gesundheitlichen Aspekt von 3000 Schritten pro Tag hinweist sowie auf die Möglichkeit des Fahrradfahrens oder des Stadtmobils als Alternative zu PKW und somit auch zu den benötigten Parkflächen.

Die Ortsverwaltung werde sich weiterhin für ein optimales Parken einsetzen, verspricht der Vorsitzende. Sobald der Verwaltung die Ergebnisse der anstehenden Überprüfungen vorliegen, werde der Ortschaftsrat informiert. Zudem sei in der Badnerlandhalle eine weitere Bürgerinformations-Veranstaltung dazu vorgesehen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat nimmt die Umsetzungsvorschläge und Prüfungsaufträge zur Kenntnis.

Zu Punkt 5 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

5.1 Der Vorsitzende informiert:

- Auf eine zurückliegende Nachfrage von **Fraktionsvorsitzenden Dieter König** (FDP) teilt der Vorsitzende mit, Herr Ponzer vom REWE Markt Ponzer in Kirchfeld habe bezüglich der Weiterentwicklung des Bioprodukt-Angebotes mitgeteilt, er sei der erste in Karlsruhe gewesen, der 130 Demeter-Produkte angeboten habe. Er sehe sich für seine Verkaufsfläche bereits sehr breit aufgestellt, was er auch in Zukunft gerade im Blick auf die Wünsche nach weiteren Bio-Produkten beibehalten möchte.
- Ein weiterer Hinweis von **Fraktionsvorsitzenden Dieter König** (FDP) bezieht sich auf die Bürgerbeteiligung „Grüne Stadt“. Dazu habe im Südwerk die erste Ideenwerkstatt stattgefunden, so der Vorsitzende. Hierbei seien 12 Projektsteckbriefe entwickelt worden, der 12. sei der Heidesee in Neureut-

Heide gewesen. Der Heidesee soll sich zu einem „erlebbareren Biotop“ entwickeln. Bereits heute stelle sich der Heidesee als Grünfläche mit Biotopschutz dar. Teile davon stehen unter Naturschutz. Eingriffe sind dort nur mit Zustimmung des Umweltamtes und der Unteren Naturschutzbehörde zulässig. Dies werde sicherlich noch weiter thematisiert werden, so der Vorsitzende und ermuntert die Mitglieder des Ortschaftsrates, einmal bei der „Grünen Stadt“ vorbeizuschauen, wenn eine Einladung dazu erfolge. In diesem Zusammenhang wünscht **Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt (Grüne)** eine Untersuchung der Wassergüte des Heidesees, auch hinsichtlich der Schlämme, Oberflächen-Mittel- und Tiefenwassers. Für die auch von ihr befürchteten Strömungen, besonders bei Hochwasser, von der Stürmlinger Sandgrube, sei bereits vom Umweltamt dem Vorsitzenden definitiv gesagt worden, dass hier keine Strömungen abfließen, erinnert der Vorsitzende. Die gewünschten aktuellen Wasserproben zur Wassergüte werden eingeholt werden, so der Vorsitzende. **Ortschaftsrat Herbert Böllinger** weist darauf hin, dass in diesem Gebiet ständig gemessen werde und damit auch die Strömungen bekannt seien.

Zu Punkt 6 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

6.1 Ortschaftsrat Günther Groß fragt bei der nach seiner Meinung nach abgeschlossener Baumaßnahme an der Straßenbahndehaltestelle Kirchfeld nach, warum der Bordstein zur Straßenseite nicht abgeflacht und somit auch nicht barrierefrei sei?

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

6.2 Ortschaftsrätin Martin Weinbrecht

a)

hat einen Hinweis bezüglich der Anfahrt von der Moldaustraße zur Waldschule bekommen – in welche Richtung geht es von der Moldaustraße zur Waldschule - rechts oder links?

b)

regt an, am Seniorenzentrum Kirchfeld bei den Parkplätzen eventuell einen anderen Plattenbelag aufzubringen, da hier das Aussteigen (z.B. für Senioren) durch die nicht bodenebenen Parkbuchten beschwerlich sei?

Antworten:

zu a: Überprüfung zugesagt.

zu b) Das Thema wird erneut aufgegriffen, Überprüfung zugesagt.

- 6.3 Ortschaftsrat Herbert Böllinger** erinnert daran, er habe bei der Vorstellung der Kriminalstatistik für die CDU darauf hingewiesen, dass es entgegen der dabei getroffenen Aussagen sehr wohl Fälle gebe, bei denen öffentliches Eigentum zerstört werde (wie Bänke, Schilder etc.) und man diese zur Anzeige bringen wolle. Von Bauamtsleiterin Arnold sei ein Formular hierzu entworfen worden. Dazu werde er in der kommenden Sitzung anfragen, wie viele Anzeigen gemacht wurden. Bauamtsleiterin Patricia Arnold erläutert, dass im Bauhof vom Formular fleißig Gebrauch gemacht und die Straftaten zur Polizei weitergeleitet wurden. Diese verfolgen sie weiter, was daraus werde, liege bei der Polizei. Es gehe darum, so Böllinger, dass die Zahlen in die Statistik der Polizei Einzug halten und die Politik dann damit auch entsprechend reagieren könne. Beispielsweise könne dann auch verlangt werden, dass Personal aufgestockt werde.

Antwort:

Eine Statistik hierzu wird in der nächsten Sitzung geliefert.

- 6.4 Ortschaftsrat Dieter König** fragt erneut nach, wann neue Papierkörbe am Neureuter Platz gegen die Verunreinigungen durch Krähen aufgestellt werden? Die Badnerlandhalle sei das „Aushängeschild“ Neureuts.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

- 6.5 Ortschaftsrätin Irene Moser** teilt mit, dass der Service der Volksbank in Kirchfeld bekanntlich bereits sehr ausgedünnt wurde. Nun gebe es viele Beschwerden, nachdem der Geldautomat in den Außenbereich verlegt wurde, obwohl im Innern beim Kontoauszugsdrucker noch Platz vorhanden sei. Das Sicherheitsgefühl leide sehr darunter sowohl bei Ein- als auch bei Auszahlungen. Sie nehme an, dass der Bürgerverein Kirchfeld auch bereits aktiv geworden sei. Kann die Ortsverwaltung den Unmut der Bevölkerung und auch des Ortschaftsrates darüber weitergeben und vielleicht auch eine andere Lösung anstreben (eventuell rückgängig machen)?

Antwort:

Der Bürgerverein Kirchfeld sei bereits auf die Ortsverwaltung zugegangen und habe bereits eine Antwort von der Volksbank erhalten.

Nach dem Besitzerwechsel der Immobilie sei es der Volksbank gelungen, den Geldautomaten im Außenbereich zu platzieren. Die Volksbank sehe sich nicht in der Lage, weitere Verbesserungen vorzunehmen. Aber die Ortsverwaltung könne darauf hinweisen, dass der Ortschaftsrat eine bessere Lösung wünsche und um Optimierung bitte.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht meint im Hinblick auf die starke Frequentierung der Filiale in der Franz-Kafka-Straße, dass das Angebot in Kirchfeld eher noch ausgeweitet werden sollte. Bezüglich der Sicherheitsbedenken führt **Ortschaftsrat Günther Groß** jedoch an, dass im Freien eher Hilfe zu teil werden könne, wie wenn ein Überfall im Innenbereich stattfinde. Auch **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** findet es gut, wenn der Ortschaftsrat um Optimierung bitte.

Der Vorsitzende zitiert das Antwortschreiben an den Bürgerverein Kirchfeld. Dazu wird der Bürgerverein einen Text in die Neureuter Nachrichten einsetzen.

- 6.6 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** regt an, auf die Volkswohnung zuzugehen und sie um Aufstellung eines Christbaumes am Buback-Platz als Blickfang in Kirchfeld zu bitten.

Antwort:

Anregung wird weitergeleitet

 Der Vorsitzende

 Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: